

Herausgeber: Presse- und Informationsstelle der Universität Oldenburg. Ammerländer Heerstraße 67-99, Postfach 2503, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 73041, Telex 25655 unol d. Redaktion: Gerhard Harms (verantwortlich), Karin Wolf, Verlag, Druck und Anzeigenverwaltung Littmanndruck, Rosenstraße 42/43, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 27051.

9/79  
22. Juni

Mit Namen gezeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck nur nach Rücksprache mit der Redaktion. (Der Gründungsausschluß, das Konzil und der Senat haben einstimmig beschlossen, daß die Universität den Namen Carl-von-Ossietzky-Universität führt. Der niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst hat sich der Führung dieses Namens durch die Universität Oldenburg bisher widersetzt.)

## Wahl des Präsidenten in diesem Semester gefährdet

Wissenschaftsminister schließt aussichtsreichen Kandidaten aus

Trotz großer Schwierigkeiten soll nach dem Willen des Senats noch in diesem Semester versucht werden, den ersten Präsidenten der Universität Oldenburg zu wählen. Ob dies allerdings möglich sein wird, steht freilich in den Sternen. Auf jeden Fall wird aber das Präsidenten-Hearing am 26. Juni um 9.00 Uhr in der Aula stattfinden.

Daß es zur Wahl möglicherweise im Sommersemester nicht mehr kommt, liegt an einem Erlass des Wissenschaftsministers, der drei Bewerbern, die von der Universität uneingeschränkt für qualifiziert gehalten werden, nicht die Voraussetzungen für das Amt des Präsidenten nach § 83 Abs. 2 des Niedersächsischen Hochschulgesetzes (NHG) zubilligen will. In dem Gesetzesentwurf wird eine mindestens dreijährige „Stellung in herausgehobener Verantwortung“ vom Präsidenten verlangt.

Gegen den Erlass des Ministers haben die Universität und einer der Betroffenen, der Leiter der Kontaktstelle für wissenschaftliche Weiterbildung, Dr. Jürgen Weißbach, Widerspruch erhoben.

Lediglich vier der von der Universität zum Hearing eingeladenen sieben Bewerber erfüllen nach Auffassung des Ministers die Voraussetzungen für das höchste Amt der Hochschule (Besoldung: B 4):

• Dr. Rolf Berger, ehemaliger Ministerialdirigent im Bundesforschungsministerium und von 1977 bis 78 Präsident der Technischen Universität Berlin

• Dr. Friedrich Kuhfuß, ehemals Oberbürgermeister von Worms, (er zog inzwischen seine Bewerbung zurück)

• Professor Dr. Jost von Maydell, Vorsitzende des Fachbereichs I

• Professor Dr. Irene Pieper-Seier, Mathematikerin im Fachbereich IV. Sie werden sich bis auf Kuhfuß am kommenden Dienstag den Fragen der Hochschulangehörigen stellen. Außerdem wurden wegen des eingelegten und noch nicht entschiedenen Widerspruchs jene Bewerber eingeladen, die der Senat für qualifiziert hält.

Allerdings bestehen für den Widerspruch kaum Erfolgsaussichten, denn verschiedenartige Bemühungen, den Minister zur Revidierung seines Erlasses zu bewegen, sind fehlgeschlagen. So bleibt den abgewiesenen Bewerbern wahrscheinlich nur der Weg zum Verwaltungsgericht - ein allerdings schwieriges Unterfangen angesichts einer Gesetzeslage, die dem Minister in diesem Punkt allzuviel Spielraum läßt.

Besonders betroffen „von den nicht nachvollziehbaren Auswahlkriterien“, so Professor Dr. Wolfgang Schulenberg im Senat, ist Jürgen Weißbach, der vor der ministeriellen Entscheidung beste Aussichten hatte, von einer relativ breiten Mehrheit gewählt zu werden. Er selbst konnte bei Redaktionsschlub noch nicht sagen, ob er vor Gericht gehen wird.

Wenn er es tut, kommt der vorgeschencene Terminplan für die Wahl ins Kippen, denn schon am 2. Juli soll der Ältestenrat eine Empfehlung an den Senat abgeben, der zwei Tage

später einen Wahlvorschlag erarbeiten will. Am 11. Juli oder spätestens 1. Juli soll das Konzil zur Wahl zusammentreten.

Wenn diese Termine nicht eingehalten werden, kann es erst im Wintersemester wieder eine Abstimmung geben, weil das höchste Gremium nicht während der vorlesungsfreien Zeit zusammentreten darf.

Das aber bedeutet, daß der Hochschule vielleicht ein Staatskommissar ins Haus steht. Denn die derzeitige - nur noch kommissarisch amtierende Uni-Leitung wird „in jedem Fall“, so Professor Dr. Rainer Krüger, zum 1. August zurücktreten.

gh

### Zitat

„Wie soll man denn nach B 4 kommen. Von B 5?“ Professor Dr. Wolfgang Schulenberg über die Auswahlkriterien des Wissenschaftsministers für Präsidentschaftskandidaten.

### Gespräch über Uni-Ausbau

Am 25. Juni wird die Universitätsleitung mit Wissenschaftsminister Professor Dr. Eduard Pestel zu einem Gespräch über die Anmeldungen zum 9. Rahmenplan zusammenkommen. Dabei wird es vornehmlich um den 2. Bauabschnitt für die Naturwissenschaften gehen, dessen volle Realisierung aufgrund eines Kompromißvorschlags der Universität noch möglich erscheint.

### Neuer Studiengang „Philologie der Naturwissenschaften“?

In einem Gespräch mit Vertretern des DGB-Landesbezirks Niedersachsen hat Wissenschaftsminister Professor Dr. Eduard Pestel angekündigt, er werde der Universität Oldenburg die Einrichtung eines bisher noch nicht bekannten Studienganges „Philologie der Naturwissenschaften und Technik“ vorschlagen. Er sollte, so Pestel, als „Teil des geistes-, wirtschafts- und rechtswissenschaftlichen Studienreiches“ angeboten werden. Zur Begründung eines solchen Studienganges erklärte der Minister wörtlich: „Das Leben in der Welt des technischen Fortschritts ist heute bei weiten Bevölkerungskreisen von einer Grundhaltung erfüllt, die sich ge-

gen das Eindringen der Technik in weitere Lebensbereiche richtet. Davor ist besonders betroffen die Großtechnologie, die für die meisten Menschen in ihren Funktionen und Zielen nicht mehr über- und durchschaubar ist. Auch bei einem erheblichen Teil unserer Studenten scheinen Emotionen und Irrationalität die Oberhand gegenüber kühler abwägender Vernunft zu gewinnen. Wir müssen daher alle Anstrengungen unternehmen, unsere Universitäten so zu gestalten, daß sie zum Vorreiter einer neuen Sachlichkeit im Verständnis der modernen Naturwissenschaften und Technik werden können.“

### Über 500 Teilnehmer

Über 500 Personen haben sich an der von der Universität und der Bezirksregierung Weser-Ems getragenen Informationsveranstaltung „Gestaltung von Schulhöfen und Pausenbereichen für Spiel und Bewegung“ am 22. Juni in der Hochschule beteiligt. Insgesamt hatten dem Initiator, Professor Dr. Dieckert, 800 Anmeldungen vorgelegen, die allerdings nicht alle berücksichtigt werden konnten, weil die Aula nur 500 Personen aufnimmt. Unter den Teilnehmern waren Landes- und Kommunalpolitiker, Pädagogen, Architekten und Verwaltungsbeamte. Auch drei Hausmeister hatten sich angemeldet.

Bei der Veranstaltung ging es darum, die Verantwortlichen auf das „Element deutscher „Schulhofwirklichkeit“, so Dieckert, aufmerksam zu machen und Wege zur Verbesserung aufzuzeigen.

### Senat entschied Belegung des Gebäudes am Birkenweg

#### Hauptsächlich Fachbereich III betroffen - Auch Raumplaner ziehen um

Nach mehrmonatigen Querelen hat der Senat auf seiner letzten Sitzung einen Beschuß über die Belegung des Gebäudes am Birkenweg gefaßt, das von der Universität angemietet wird und spätestens im Herbst bezogen werden kann. Danach sollen Teile des Fachbereichs I und III in das viergeschossige Gebäude überwechseln.

Vom Fachbereich I sollen im Birkenweg die Fächer Psychologie und Sonderpädagogik konzentriert werden. Außerdem werden Sportwissenschaftler im Birkenweg persönliche Arbeitsflächen erhalten.

Vom Fachbereich III werden in jedem Fall die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler sowie die Raumplaner in den Birkenweg übersiedeln. Wegen ihres Arbeitszusammenhangs mit den Sozialwissenschaftlern und den Raumplanern sollen auch die Sozialgeographen am Birkenweg untergebracht werden. Ebenso soll die Kartographie als Dienstleistungseinrichtung künftig in dem neuen Gebäude arbeiten.

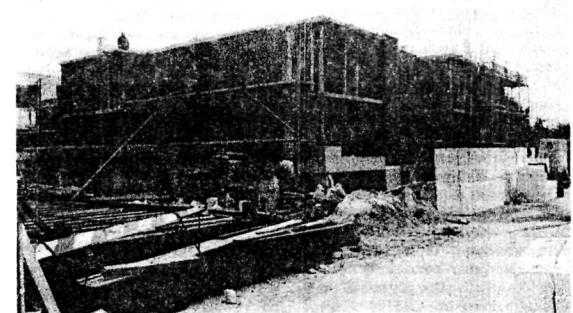
Außerdem wird überprüft, ob der Komplex zusätzlich genügend Raum

### Kontakte mit Uni Groningen

Nach vorbereitenden Kontakten Anfang Mai hat die Universitätsleitung die Absicht, Ende Juni mit Vertretern der niederländischen Nachbaruniversität Groningen zu einem Gedankenaustausch über die mögliche Entwicklung bilateraler Beziehungen zusammenzutreffen.

### Bericht an den Wissenschaftsrat

Das Dezernat Planung und Statistik hat jetzt einen Bericht an den Wissenschaftsrat über die Ausbauplanung der Universität Oldenburg abgeschlossen. Er kann von Interessierten im Dezernat angefordert werden. Der 40 Seiten starke Bericht gibt insbesondere einen Überblick über die Konzeption für die Naturwissenschaften und die Auswirkungen der Ausbaureduzierungen in diesem Bereich.



Soll zum Wintersemester 1979/80 fertiggestellt sein: das viergeschossige Gebäude am Birkenweg. Foto: Zahn

### Achtung, BAFOG-Empfänger!

Während der Urlaubsmonate Juli und August 1979 ist in der Bearbeitung der Wiederholungsanträge mit einem erheblichen Engpaß zu rechnen. Das Studentenwerk bietet daher alle Empfänger von Ausbildungsförderung, die erforderten Wiederholungsanträge für den Bewilligungszeitraum Oktober

79 bis September 80 umgehend einzureichen. (Nicht erst zum 31.7.79). Die bereits im Juni vollständig vorliegenden Wiederholungsanträge können sofort bearbeitet werden und somit ist eine kontinuierliche Weiterzahlung der Ausbildungsförderung über den 30.9.79 hinaus gewährleistet.

### Senat appelliert an Fachbereiche

Der Senat hat die Fachbereiche und Fachkommissionen aufgefordert, ihre Veranstaltungen für das Wintersemester 79/80 gleichmäßig auf alle Tage und Zeiten - von Montagnachmittag bis Samstagvormittag - zu verteilen. Dabei sei auch der Mittwochnachmittag mit einzuplanen, allerdings nicht für allgemeinverbindliche Grundveranstaltungen. Der Senat begründete diesen erneuten Hinweis damit, daß der Mangel an Veranstaltungsräumen immer stärker werde, und es noch nicht geklärt sei, wie zusätzliche Veranstaltungsräume geschaffen werden können.

### Der Weg zum Holocaust

Zum Abschluß seiner Vortragsreihe in Oldenburg, die gemeinsam von der Universität, der Brücke der Nationen und der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit veranstaltet wird, spricht der Philosoph Professor Dr. Leo Trepp am 9. Juli um 20.00 in der Brücke der Nationen zum Thema „Der Weg zum Holocaust - Wo gehen wir hin?“. Trepp war letzter Landesrabbiner in Oldenburg. Nach einer KZ-Haft durfte er in die USA ausreisen und lehrt heute an der University of California. Trepp besucht seit Kriegsende regelmäßig die Bundesrepublik.

# Senat fordert ELAB-Auswertung durch anerkannte Institution

## Letzte Immatrikulationen für Modellversuch 1981 - Senatsbeschuß ohne Gegenstimme

Abgekommen hat sich die Universität mit der Tatsache, daß die einphasige Lehrerausbildung an der Universität Oldenburg eingestellt wird. In einem bei drei Enthaltungen angenommenen Beschuß fordert der Senat allerdings, daß der Modellversuch bis zum vorgesehenen Zeitpunkt 1981 zu Ende geführt werden müsse. D.h.: bis zu diesem Jahr müssen sich Studenten für ELAB immatrikulieren können. Gleichzeitig erklärte das Gremium in der Begründung seines Beschlusses, es wäre ein krasser bildungspolitischer Rückschritt, wenn die Landesregierung nach 1981 die Wiedereinführung einer wesentlichen unveränderten zweiphasigen Ausbildung verordnete. Die Weiterführung der Lehrerausbildung in Oldenburg werde umso reibungsloser vor sich gehen, je enger an die Erfahrungen der ELAB angeknüpft werden könnte. In diesem Zusammenhang forderte der Senat das Kultusministerium auf, „eine anerkannte wissenschaftliche Institution, die im Bereich der Lehrerausbildung nicht einseitig engagiert ist“, mit der umfassenden Auswertung des Modellversuchs zu beauftragen. Nachfolgend der Beschuß des Senats (ohne Begründungsteil) im Wortlaut:

„Durch den Erlass des Niedersächsischen Kultusministers vom 11.4. 1979 zu einer Stellungnahme aufgefordert, bekräftigt der Senat der Universität Oldenburg die Grundaussagen seines Beschlusses vom 20. Dezember 1978:

1. Die Universität ist entschlossen, den Modellversuch in dem gesetzlich vorgesehenen Zeitraum zu Ende führen und bis einschließlich Sommersemester 1981 Studenten im Rahmen der Ausbildungskapazität von Hochschule und Schule zu immatrikulieren. Die Universität erinnert daran, daß der Modellversuch Einphasige Lehrerausbildung die Funktion haben sollte, Alternativen zur zweiphasigen Lehrerausbildung zu entwickeln, da diese dringend reformbedürftig ist. Die Universität kritisiert von daher die Entscheidung des Ministers, ohne Berücksichtigung der Ergebnisse des Modellversuchs bereits jetzt festzuschreiben, daß die künftige Lehrerausbildung in Niedersachsen und auch in Oldenburg zweiphasig sein wird. Sie ist der Ansicht, daß die maßgebenden Gründe für die Ablehnung nicht in der Konzeption und Durchführung des Modellversuches liegen, sondern im Fehlen des politischen Willens, selbst bei positivem Auswertungsergebnis dem Modellversuch die Chance einer Weiterführung und die Möglichkeit einer grundlegenden Reform der Lehrerausbildung einzuräumen.

2. Eine vorzeitige Beendigung des Modellversuchs in einzelnen Studiengängen oder im gesamten Gymnasialbereich wird neben diesen grundsätzlichen Erwägungen auch wegen der damit verbundenen Nachteile für die Absolventen parallelaufender ein- und zweiphasiger Lehrerstudi-

giengänge abgelehnt. Bei der Festlegung der Zulassungszahlungen für die Lehramtsstudiengänge muß während der Fortdauer des Modellversuchs jeweils berücksichtigt werden, daß

a) die berufspraktische Ausbildung dieser Studenten aufgrund der kapazitären Situation der Schulen sichergestellt werden kann,

b) die Ausbildung in allen Studiengängen, die Fächern mit Lehrerausbildung zugeordnet sind, gesichert ist.

3. Die bis zum Auslaufen des Modellversuchs verbleibende Zeit wird zur Entwicklung einer Lehrerausbildungskonzeption genutzt, die die konzeptionellen Grundgedanken des Modellversuchs übernimmt. Die Universität ist der Auffassung, daß für den Zeitraum nach Beendigung des Modellversuchs neue Strukturen entweder für eine wesentlich modifizierte einphasige Ausbildung oder für eine neuartige gestufte Ausbildungsform in enger Kooperation von Hochschulen, praktischen Ausbildungszentren und Schulen erarbeitet werden könnten, die zunächst in Oldenburg (und Osnabrück) und mittelfristig auch als Regelausbildung in Niedersachsen eingeführt werden könnten. Der Senat beauftragt die Gemeinsame Kommission für Lehrerausbildung, die hierzu erforderlichen Schritte einzuleiten.

4. Da die gegenwärtige personelle Ausstattung des Modellversuchs in vielen Bereichen die qualifizierte Ausbildung weder im einphasigen Konzept in einer künftigen Ausbildungsform sichert, sind konkrete Maßnahmen der Landesregierung erforderlich. Vorschläge der Universi-

tät dazu liegen seit langem auf dem Tisch.

5. Um dem berechtigten Interesse des Bundes, der Länder sowie der wissenschaftlichen und bildungspolitischen Öffentlichkeit einer Rechenschaftslegung und wissenschaftlichen Auswertung zu entsprechen, hält es die Universität für unverzichtbar, eine anerkannte wissenschaftliche Institution mit der Evaluation des Modellversuchs zu beauftragen. Die Universitätsleitung wird beauftragt, das Erforderliche zu veranlassen.

## Forschungen zur Energiepolitik

Ende Mai ist eine Ausschreibung der Stiftung Volkswagenwerk zur Förderung von Forschungen zur Energiepolitik angesetzt. Antragsfrist: bis zum 30. Oktober 1979. Informationen für Interessenten können bei der Geschäftsstelle der Stiftung (Kastanienallee 35, 3000 Hannover 81) angefordert werden. Die Stiftung will, wie sie dazu mitteilte, mit diesem Förderungsprogramm Impulse geben für fachübergreifende Forschungen zu Fragen der Energiewirtschaft und der Energiepolitik. Die Forschungen sollen - bei Berücksichtigung der technisch-naturwissenschaftlichen Aspekte - überwiegend wirtschafts- und sozialwissenschaftlich ausgerichtet sein. Angesprochen sind Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler sowie Ingenieur- und Naturwissenschaftler. Bevorzugt wird außer der interdisziplinären auch die internationale Zusammenarbeit in Forschungsprojekten oder Forschungsgruppen.

## Mehr Mittel für die Forschung

Um sieben Prozent auf 18,4 Milliarden DM stiegen 1978 die Mittel, die die Wirtschaft in der Bundesrepublik für Forschung und Entwicklung nach Erhebungen des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft aufgewendet hat. 1977 betrug die Eigenfinanzierung des Unternehmens davon rund 82 Prozent, wobei die Forschungsaufwendungen bei kleinen Unternehmen stiegen, bei solchen mit mehr als 5.000 Beschäftigten jedoch um 5,1 Prozent gegenüber den anderen Unternehmen abfielen. Der Stifterverband vertritt die Auffassung, daß das in diesem Jahr angelaufene 300 Millionen DM-Programm der Bundesregierung zur Förderung der Forschung und Entwicklung in kleineren und mittleren Unternehmen durch Personalkostenzuschüsse günstige Voraussetzungen zur Fortsetzung dieses Trends schaffen wird.

## Materialien zu Holocaust

Die von der Bundeszentrale für Politische Bildung für das Holocaust-Symposium gestellten Materialien können bei Stefan Müller-Dohm (FB III, VG 204) jeweils im Mittwoch zwischen 11 und 12 Uhr oder bei Wolfgang Fichten im ZpB abgeholt werden.

## Hochschulpädagogisches Kompaktsseminar

Vom 6. bis 16. Oktober veranstalten das schwedische Universitäts- und Hochschulamt und die Ruhr-Universität Bochum in Bad Sachsa (Harz) ein gemeinsames hochschulpädagogisches Kompaktsseminar für Lehrende. Interessenten können sich an Professor Dr. Udo Figge, Ruhr-Universität, Postfach 10 21 48, 463 Bochum 1, wenden. Unterkunft und Verpflegung sowie Reisekosten sind frei. Kursgebühr: DM 50,-.



Um das Pro und Contra der Einphasigen Lehrerausbildung ging es auf einer Podiumsdiskussion im Rahmen des „Kongresses zur demokratischen Studienreform“. Teilnehmer von links: Gerd Eckard (ASTA), Jürgen Herold (Kontaktlehrer in der Einphasigen Lehrerausbildung), Prof. Dr. F. W. Busch (stellvertretender Rektor), Detlev Spindler (Leiter des Zentrums für pädagogische Berufspraxis), Prof. Dr. Burkhard Linke (Verband Bildung und Erziehung Niedersachsen), Prof. Dr. W. Nitsch (Vorsitzender der Gemeinsamen Kommission für Lehrerbildung), Hermann Fischer (Vorsitzender des Bezirksverbands Weser/Ems der GEW). Die eingeladenen Vertreter des Kultusministeriums und des Philologenverbandes nahmen nicht an der Veranstaltung teil.

Bild: Arbeiterfotografie Oldenburg

## Stärkere Kooperation mit dem DGB gefordert

### Reform-Kongreß: ELAB muß erhalten bleiben

Das Oldenburger Reformmodell mit seiner einphasigen Lehrerausbildung muß auch über 1981 erhalten bleiben. Zu diesem Schluß kam nach einer kritischen Auseinandersetzung mit den gegenwärtigen Tendenzen der Wissenschafts- und Bildungspolitik in der Bundesrepublik der „Kongreß zur demokratischen Studienreform“, der vom 14. bis zum 16. Juni in der Oldenburger Universität tagte.

Zugleich erarbeitete der vom ASTA veranstaltete Kongreß in fünf Arbeitsgruppen und in verschiedenen Formen und in einer Podiumsdiskussion Ansätze, um auch gerade in einer Situation, die durch die Ausbauskürzung um 150 Millionen DM allein bei der Oldenburger Universität gekennzeichnet wird, Perspektiven für eine menschlich gemachte Wissenschaft zu weisen.

So erhob sich durch die Kongreßunterstützung von der GEW Oldenburg wie durch die Teilnahme von Gewerkschaftern aus der IG Druck und Papier und aus der IG Chemie die Forderung von Seiten der Universitätsangehörigen wie auch von Seiten der Gewerkschafter, Wissenschaft nicht mehr als eine Beschäftigung im Elfenbeinturm oder für eine arbeitnehmerfeindliche Kapitalverwertung zu betreiben.

Zu diesem Zweck sei die Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaften und den Universitäten auszubauen, gerade in Oldenburg gelte es die Möglichkeiten des Kooperationsvertrages mit dem DGB noch besser auszuschöpfen. Die Gewerkschaften müßten ihren Einfluß zur Sicherung fortschrittlicher Lehrinhalte und Lernbedingungen an den Hochschulen geltend machen, andererseits müßten die Wissenschaftler auch nach Beendigung ihres Studiums ihre

Tätigkeit in den Betrieben unter dem Aspekt sehen, daß durch ihre Arbeit in der Forschung und Produktionsleitung die Zukunftsperspektiven von Arbeitsplätzen bestimmt würden. Eine enge Zusammenarbeit sei daher mit den Betriebs- und Personalaräten angezeigt.

Vor diesem Hintergrund bekomme die Forderung nach dem Erhalt der ELAB - zumal für viele Studenten - eine neue Dimension: Durch die Projektform mit ihrem Praxisbezug und der Interdisziplinarität könnten die gesellschaftlichen Widersprüche wissenschaftlich reflektiert werden, ihre Behandlung endet nicht im Bereich der Theorie. Das schulpraktische Halbjahr im 3. Studienabschnitt sei im Gegensatz zum Referendariat in der zweiphasigen Lehrerausbildung eher in der Lage, diesen Anspruch einzulösen.

## Merkblatt zum Datenschutz

Der Datenschutzbeauftragte der Universität, Professor Dr. Klaus Lenk, hat ein Merkblatt zum Datenschutz im wissenschaftlichen Bereich herausgegeben. Es klärt in geraffter Form wie Wissenschaftler mit erhobenen Daten bei Umfragen umzugehen haben.

## Benennung von Mitgliedern der Studienreformkommissionen

### Auswahlverfahren für Kandidaten sollte jetzt beginnen

Das Wissenschaftsministerium will im Land 31 Studienreformkommissionen einrichten. Sie sollen unmittelbar nach ihrer Konstituierung mit ihrer Arbeit beginnen und Ergebnisse nach 18 Monaten dem Minister vorlegen. Diese Ergebnisse sollen als Empfehlungen des Ministers Verbindlichkeit erhalten.

Die 31 Kommissionen sind in drei Gruppen eingeteilt, für die Mitglieder benannt werden müssen; für die Fächer der Gruppe I sind die Benennungen der Hochschulen bereits abgeschlossen.

Die Benennung der Mitglieder der Kommissionen (5 Hochschullehrer, 2 wissenschaftliche Mitarbeiter, 2 Studenten) in der Gruppe II muß bis zum 15. November 1979, der Gruppe

III bis zum 15. Januar 1980 abgeschlossen sein. Vorschlagsberechtigt sind die Vertreter der Statusgruppen in den Kollegialorganen. Es ist empfehlenswert, rechtzeitig mit der Auswahl möglicher Kandidaten, mit der Abstimmung innerhalb des Faches in der Hochschule und vor allem mit den anderen Hochschulen Niedersachsens zu beginnen.

Zur Gruppe II gehören die Fächer: Neuere Philologien, Germanistik und Sprachwissenschaften, Geschichte, Kulturwissenschaften, Kunst und Gestaltung, Musik, Sport, Mathematik, Arbeitslehre, Behindertenpädagogik. Zur Gruppe III gehören die Fächer: Religion, Erziehungswissenschaften, Agrar- und Ernährungswissenschaften.

## Versuch einer Entfernung?

Eine Premiere wurde angekündigt: „ELAB - Versuch einer Annäherung“, ein Video-Film von Djamshid Gandjine, Absolvent der Berliner Filmhochschule. Zu erwarten waren Berichte von Kontaktlehrern über ihren Beruf, über Schule, über ihre eigene Ausbildung und die der Studenten im Rahmen ihrer Betreuungsarbeit in der einphasigen Lehrerausbildung.

Sicherlich ist es legitim, die einphasige Lehrerausbildung aus dem Blickwinkel von Kontaktlehrern filmisch darzustellen, bietet dieser Ansatz doch die Möglichkeit, das Theorie-Praxis-Verhältnis im Bereich der Lehrerausbildung systematisch und auch in einer relativ engen historischen Dimension so anzugehen, daß gerade die Erfahrungsebene der Kontaktlehrer, die beide Bereiche tangiert, sinnvoll berücksichtigt werden kann.

Zu erwarten gewesen wäre also ein Film, der aufgrund seines Anspruchs gerade die Gruppe der Kontaktlehrer - oder sogar möglicher späterer Kontaktlehrer - ansprechen könnte.

Der Film aber konterkarierte diesen Anspruch. Die gegenüber herkömmlicher Film- und Fernsehproduktion eingeschränkten Möglichkeiten der Videoarbeit mögen da-

für eine Ursache gewesen sein. Eine mangelnde Absprache und Begleitung des fachkundigen Auftraggebers (ZpB) muß mit Sicherheit vorliegen haben.

Zum Ergebnis: Eine kleine Gruppe der Kontaktlehrer legte in Einzelinterviews Vorstellungen zur Universität, zur Lehrerausbildung, zur Schule dar. Die Aussagen hatten notwenigerweise subjektiven Charakter. Gefragt wurde denn auch nach der Not des Lehrers (die Flucht vom Lehrer zum Kontaktlehrer), nach seiner Angst, nach seinen Hoffnungen, nach seinen Perspektiven. Es fehlte die Zusammenfassung, die Gewichtung besonderer Probleme. Es blieb die psychologisierende Selbstbespiegelung.

Dazu kamen überflüssige Meter: Die einzelnen Sentenzen wurden durch Spots verbunden, die der Seesamstraße gerecht würden. Statt dessen hätte man die verbal eingegebenen Informationen zum Aufbau der ELAB filmisch, also mit Bildern, vermitteln können. So blieb der Film auch an dieser Stelle eher ein Hörspiel.

Es wundert nicht, wenn viele Zuschauer sich entfernen - vom Film. Auch von der ELAB? uk

## Mensa wird geschlossen

In den Semesterferien besteht für Universitätsangehörige keine Möglichkeit, in der Hochschule eine Mittagsmahlzeit einzunehmen. Wie das Studentenwerk mitteilt, wird die Mensa vom 23. Juli ab bis Anfang Oktober wegen des Umbaus der Küchenanlagen geschlossen sein. Geöffnet und für Angehörige der Universität zugänglich bleibt die Mensa der Fachhochschule. Für Zwischenverpflegung steht auch die Cafeteria im AVZ zur Verfügung. - Inzwischen hat das Rektorat angekündigt, es werde das Studentenwerk auffordern, doch eine Versorgung in der Hochschule zu gewährleisten.

## DGB gegen Erhöhung der Beiträge

An einem gemeinsamen Informationsgespräch über die soziale Lage der Studenten beteiligten sich auf Einladung des DGB-Landesbezirks Niedersachsens Vertreter des Studentenwerks, der ärztlich-psychologischen Beratungsstelle, der Konferenz niedersächsischer Studentenschaften und die ASten einzelner Hochschulen.

Der DGB-Landesbezirk verurteilte dabei eine Erhöhung der Studentenwerksbeiträge durch den niedersächsischen Wissenschaftsminister Professor Eduard Pestel, die ohne eine entsprechende Anhebung der sozialen Leistungen gegenüber den Studenten verordnet wurde.

Ferner stellt der DGB fest, daß die Studenten durch die „sogenannte Studienreform“, durch Prüfungsverstärkung, Studienzeitverkürzung und Zwangsexmatrikulation verunsichert werden und sich bedroht fühlen müssten: „Hinzu kommt eine Arbeitsmarktentwicklung, die viele angehende Studenten von vornherein vom Studium abschreckt - diese Entwicklung wirkt sich verschärfend bei Kindern von Arbeitnehmern aus.“ Neben Forderungen zur materiellen und inhaltlichen Verbesserung der Studienbedingungen wurde in dem Gespräch beschlossen, die bereits begonnenen Kontakte zwischen Gewerkschaft und Studenten in gemeinsamen Seminaren weiter zu entwickeln und auszubauen.

## „Jongeren“ besuchten Universität

Eine Delegation der „Jongeren Organisatie voor Vrijheid en Democratie“ (JOVD) besuchte die Universität.

Die holländischen Schüler und Studenten informierten sich im Rahmen eines regional- und kommunalpolitischen Seminars der Oldenburger Jungdemokraten auch über die Geschichte und aktuellen Probleme der Universität. In einem Gespräch mit dem Stellvertretenden Präsidenten Professor F. W. Busch, wurden u.a. das Konzept der Einphasigen Lehrerausbildung sowie die aktuellen Probleme des Reformmodells angesprochen.

EBenso ging Busch auf die Ausbaukürzungen im Bereich der Naturwissenschaften ein und verdeutlichte den Holländern dabei die regionalpolitisch negativen Folgen einer drohenden Rumpfuniversität.

## Vortrag über Curriculumentwicklung

Im Rahmen des Projektes 12 „Berufsbildungsjahr“ wird die Rektorin des Kultusministeriums, Dr. Lotte Herkomer, einen Vortrag zum Thema „Curriculumentwicklung für berufsbildende Schulen in Niedersachsen“ halten. Zeit und Ort: 28. Juni, 16.00, VG 401. Frau Herkomer berichtet dabei über die Tätigkeit der „Ständigen Arbeitsgruppe für die Entwicklung und Erprobung beruflicher Curricula und Materialien.“

# Briefwahl bei Wahlen in Fachbereichen möglich

## Hoffnung auf hohe Beteiligung der Studenten

Für die am 2. und 3. Juli stattfindenden Fachbereichswahlen sind inzwischen fristgerecht die Listen eingereicht worden. Wie nicht anders zu erwarten, gibt es in allen Statusgruppen Listenverbindungen und auch Listen, die nicht eindeutig in das Spektrum der hochschulpolitischen Gruppierungen einzuordnen sind. So haben u.a. Mitglieder der Linken Liste und des BdWi im Bereich der Hochschullehrer im Fachbereich IV eine gemeinsame Liste aufgestellt, um ihre Chancen zu erhöhen. SHB und MSB firmieren in den Fachbereichen III und IV gemeinsam als „Gewerkschaftlich orientierte Liste“.

Der Rektor der Universität, Professor Dr. Rainer Krüger, hat insbesondere die Studenten aufgefordert, sich an den Fachbereichswahlen zu beteiligen. Sie müßten sich im Klaren sein, daß die Fachbereichsräte neben dem Senat die wichtigsten Entscheidungsgremien der Hochschule seien.

Deshalb sei auch nicht zu verstehen, warum das Interesse an diesen Wahlen bei den Studenten bisher so gering gewesen sei.

Gewählt werden kann während des 2. und 3. Juli in der Zeit von 9.00 bis 17.00 in der Aula. Wer nicht an den Wahltagen in der Universität ist, kann auch bis zum 29. Juni Briefwahl beantragen oder aber direkt im Wahlamt (Ilona Neuhaus, Raum A 209) wählen. Um die Sitze in den

Fachbereichsräten, die sich nach dem NHG aus sieben Hochschullehrern (HL) und je zwei Vertretern der Studenten (Stud), der wissenschaftlichen Mitarbeiter (WM) und der Mitarbeiter im technischen und Verwaltungsdienst (MTV) zusammensetzen, bewerben sich folgende Listen:

### Fachbereich I

HL: Demokratische Hochschule, Arbeitskreis Hochschulpolitik (AKH). WM: Liste Schmucke u.a., BdWi/Linke Liste, AKH. Stud: LHV, RCDS, SHB, MSB. MTV: ÖTV.

### Fachbereich II

HL: Helmers u.a. (gewerkschaftlich orientiert), Liste Boeder u.a. (Demokratische Hochschule nahestehend), Linke Liste. WM: Gewerkschaftliche Liste, Liste Stinsthoff. Stud: RCDS, SHB, MSB. MTV: Liste Fohr (DAG u.a.).

### Fachbereich III

HL: Linke Liste, BdWi, AKH. WM: BdWi, AKH, Linke Liste. Stud: LHV, Basisgruppen, Gewerkschaftlich orientierte Liste. MTV: Liste Sokolowsky (ÖTV u.a.).

### Fachbereich IV

HL: Demokratische Hochschule, AKH, Liste Hirsch u.a. (Linke Liste/BdWi/Unabhängige). WM: Sozial-liberale Liste, Liste Rieß (Linke Liste), BdWi. Stud: LHV, Gewerkschaftlich orientierte Liste, RCDS, Basisgruppen. MTV: ÖTV.

## „Schnuppertage '79“

### Veranstaltungstermine unbedingt einhalten!

Auf unerwartet große Resonanz sind die von der Universität Oldenburg veranstalteten „Schnuppertage“ am 28. und 29. Juni gestoßen, die Schülern und studieninteressierten Nichtabiturienten einen unmittelbaren Einblick in den universitären Lehr- und Lernbetrieb vermitteln sollen. Neben den Schülern und studieninteressierten Nichtabiturienten haben alle Studienbewerber mit ihren Bewerbungsunterlagen das Programm der „Schnuppertage“ erhalten.

Diese Bewerber haben somit die Möglichkeit, noch rechtzeitig vor ihrer endgültigen Studiengangs- und Studienortswahl sich umfassend über allgemeine studien- und berufskundliche Fragen zu informieren, die konkreten Studienbedingungen in den einzelnen Studiengängen kennenzulernen und sich individuell bei der Studien- und Berufswahl beraten zu lassen. Insgesamt rechnet die Zentrale Studienberatung als Koordinationsinstanz dieser „Schnuppertage“ mit über 700 Teilnehmern.

Dieser großen Zahl von Teilnehmern steht ein umfangreiches Informations-, Lehr- und Beratungsangebot gegenüber. Über 100 Lehrveranstaltungen stehen den Besuchern der „Schnuppertage“ offen, die zumeist im letzten Teil ihrer Veranstaltung auf allgemeine Studiengangsfragen eingehen. Ergänzend zum Lehrangebot bieten die Berufsberater des Arbeitsamtes berufskundliche Informationsveranstaltungen zu mehreren außerschulischen Berufsfeldern an. Auch einige Projekte, zentrale Einrichtungen und das Immatriculationsamt beteiligen sich an den „Schnuppertagen“.

vereinbart worden sind. Für Studieninteressierte, die zum größten Teil das erste Mal die Universität betreten, gibt es kaum eine negativere Erfahrung, als den mit Mühe gefundenen angegebenen Raum nicht besetzt zu finden und nach viel Suchen feststellen zu müssen, daß die Veranstaltung zwischenzeitlich an einem anderen Termin stattfindet oder in einem anderen Raum bereits stattgefunden hat. Deshalb noch einmal eine dringende Bitte an alle Lehrenden, ihre Veranstaltung zu dem Zeitpunkt und in dem Raum am 28. und 29. Juni zu dem Zeitpunkt stattfinden zu lassen, der der Zentralen Studienberatung mitgeteilt bzw. mit ihr vereinbart wurde und im Programm abgedruckt worden ist. Das Programm der „Schnuppertage“ ist bei der Zentralen Studienberatung erhältlich.

## Der Gastkommentar

**Prof. Dr. Arno Klönne, Soziologe an der Gesamthochschule Paderborn, über die Ablehnung von Lorenz Knorr als Lehrbeauftragter für das Projekt „Frieden und Abrüstung“**



Es geschah in Oldenburg, aber es hätte sich ebenso an anderen Hochschulen der Bundesrepublik abspielen können: Ein Fachbereichsrat beschließt (einstimmig) einen Lehrauftrag zum Thema „Frieden und Abrüstung“ an jemanden zu vergeben, der nicht die üblichen Voraussetzungen für eine Professorenäigentätigkeit erfüllt, durch eine Fülle von Publikationen und Referaten zum Thema jedoch in seinen fachlichen Qualifikationen ausgewiesen ist. Der zuständige Minister macht einen Strich durch dieses Vorhaben (spät und lakonisch): die für den Lehrauftrag vorgesehene Person passe nicht in die Paragraphen des Hochschulgesetzes. Wer sich freilich die Mühe macht, den Wortlaut dieses Gesetzes zu studieren, stößt auf einen Abschnitt, der auch der Ministerialbürokratie bekannt sein müßte. In Absatz 4 des Paragraphen 56 („Einstellungsvoraussetzungen“) des Niedersächsischen Hochschulgesetzes ist nämlich zu lesen, daß von den üblichen Formvoraussetzungen abgewichen werden kann, wenn „hervorragende fachbezogene Leistungen in der Praxis und pädagogische Eignung“ nachgewiesen werden können.

Gestützt auf diese oder ähnliche Ausnahmestattdispositionen finden wir an allen Hochschulen der Bundesrepublik, in Massen geradezu, Lehrbeauftragungen oder Unterrichtsbeauftragungen für Personen, die vielfach nicht einmal jenen Nachweis ihrer Qualifikation vorlegen können, über den der in diesem Falle abgelebte Mann reichlich verfügt, also fachbezogene Publikationen, Beiträge zu wissenschaftlichen Tagungen u.ä.m. Mithin wird man fragen müssen, was denn das Ministerium veranlaßt hätte, sich gerade diesmal so strikt ablehnend zu verhalten. „Pädagogische Eignung“ verlangt das Hochschulgesetz? Immerhin war der verhinderte Lehrbeauftragte Jahre

hindurch verantwortlich für die pädagogische Leitung und politische Bildung in einem großen Jugendverband und arbeitete als Redakteur einer Zeitschrift für Probleme der Jugendziehung. Auch an fachbezogener Praxis mangelt es dem verhinderten Lehrbeauftragten keineswegs. Aber es war, so müssen wir wohl annehmen, die falsche Praxis. Lorenz Knorr nämlich - um den handelt es sich - hat vor Jahren prominente Funktionen in einer der „staatstragenden“ Parteien aufgegeben zugunsten des Engagements in einer „Außenseiterpartei“, der Deutschen Friedens-Union. Er ist hervorgetreten als Sprecher von Abrüstungsinitiativen, die sich außerhalb des in Bonn vertretenen politischen Spektrums bewegen. Und also paßt er zwar in die Bestimmungen des Hochschulgesetzes, aber nicht in die Vorstellungen, die sich ein Ministerium von der politischen Landschaft macht...

Wie hätte sich das Ministerium wohl verhalten, wenn der Lehrauftrag einem Wehrexperten einer großen Partei zugeschlagen gewesen wäre? Da braucht man nicht dreimal zu raten, um auf eine Antwort zu kommen.

Angesichts dessen wäre es ein Verzicht auf die alltägliche Umsetzung des Grundrechts der Lehr- und Wissenschaftsfreiheit, wollte man zur Verweigerung des Lehrauftrags an Knorr schweigen. Übrigens: der Schreiber dieses Kommentars stimmt nicht mit den parteipolitischen Positionen überein, die Knorr vertritt. Aber er weiß, daß Knorr wissenschaftliche Diskussion nicht mit Parteipropaganda verwechselt. Und wo kämen wir hin, wenn wir Freiheitsrechte nur dann verteidigen würden, wenn ihre jeweilige Wahrnehmung uns politisch in den Kram paßt? Wohin sind wir, wie auch dieser Fall zeigt, schon längst gekommen?

## Minister lehnt Lehrauftrag für Lorenz Knorr ab

### Oldenburgische Landschaft in der Universität

Der Beirat der Oldenburgischen Landschaft besuchte am 22. Juni die Universität Oldenburg, um sich u.a. auch über die regionalen Forschungsschwerpunkte in einzelnen Fachbereichen zu erkundigen.

### Grundsätze zur Studienreform

Erschienen sind jetzt in der von der Pressestelle herausgegebenen Reihe „dokumente · materialien“ (Nr. 16) die „Grundsätze für die Studienreform“, wie sie kürzlich in der zentralen Studienreformkommission auf Bundesebene mit elf gegen zehn Stimmen verabschiedet wurden. Autoren sind Professor Dr. Rainer Krüger, Rektor der Universität Oldenburg, und der wissenschaftliche Mitarbeiter Achatz von Müller (Technische Universität Berlin). Das Papier wurde inzwischen von der rheinland-pfälzischen Kultusministerin Hanna-Renate Laurien heftig angegriffen.

Ein spruch hat der Fachbereichsrat III gegen einen Erlass des Wissenschaftsministers eingeklagen, in dem der Publizist Lorenz Knorr als Lehrbeauftragter für das Projekt „Frieden und Abrüstung“ abgelehnt wird, weil er über keinen akademischen Hochschulabschluß verfügt. Mitglieder des Projektes vermuten hinter der ministeriellen Entscheidung allerdings politische Gründe.

In einem Schreiben an den Minister hat inzwischen der Fachbereichsratsvorsitzende, Professor Dr. Hans-Ludwig Freytag, darauf hingewiesen, daß laut Paragraph 56, Absatz 4, NHG die Möglichkeit besteht, Knorr einen Lehrauftrag zu erteilen. In diesem Paragraphen wird klar gelegt, daß als Professor auch ohne akademischen Abschluß eingestellt werden kann, „wer hervorragende fachbezogene Leistungen in der Praxis und pädagogische Eignung nachweist“.

Knorr gilt als exzellenter Experte für Fragen der Abrüstung. In dieser Eignung arbeitete er bei zahlreichen Organisationen und Forschungsinstitutionen mit, die sich mit der Friedens- und Konfliktforschung

beschäftigen. Nach Meinung von Mitgliedern des Projektes wurde Knorr vom Minister abgelehnt, weil er einer der Mitbegründer der linksgerechten Deutschen Friedens-Union (DFU) ist, die Anfang der 60er Jahre gegründet wurde (s. auch der Gastkommentar auf dieser Seite).

### Zahl arbeitsloser Lehrer gestiegen

(GEW) Vom Frühjahr 1978 bis Ende März 1979 ist die Zahl der arbeitslosen Lehrer um 30 Prozent, die Zahl der zwangswise „kurzarbeitenden“ Lehrer sogar um 130 Prozent gestiegen. Dies ist das Ergebnis einer Arbeitsmarktanalyse der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW).

Nach der Untersuchung der GEW gab es im Frühjahr 1978 rund 13.000 arbeitslose Lehrer; im März 1979 wurden etwa 17.000 arbeitslose Lehrer und Lehrerinnen registriert.

Im gleichen Zeitraum ist die Zahl der „kurzarbeitenden“ Lehrern von etwa 15.000 auf 35.000 gestiegen.

# Empfehlungen für den 9. Rahmenplan verabschiedet

Der Wissenschaftsrat hat am 1. Juni 1979 in Berlin die Empfehlungen zum 9. Rahmenplan für den Hochschulbau verabschiedet. Über die Anträge Niedersachsens wird allerdings Anfang Juli nochmals beraten. Mit den von den Ländern vorgesehenen Baumaßnahmen sollen bis 1983 weitere 66.000 Studienplätze geschaffen werden. Wie die Anmeldungen der Länder erkennen lassen, wird das vom Wissenschaftsrat empfohlene und von Bund und Ländern 1976 beschlossene Ausbauziel von 850.000 Studienplätzen Mitte der 80er Jahre erreicht sein.

Die Hochschulen verfügen zur Zeit über 750.000 Studienplätze; damit sind die räumlichen Voraussetzungen für die Aufnahme von jährlich 160.000 - 170.000 Studienanfängern vorhanden. Im Jahre 1978 wurden etwa 12.000 Studienplätze neu geschaffen. Die außerordentlichen Leistungen im Hochschulbau zeigen sich darin, daß die Zahl der Studienplätze an den Hochschulen seit Anfang der 70er Jahre um knapp die Hälfte gesteigert werden konnte; 1972 standen an den Hochschulen 570.000 Studienplätze nach Flächenrichtungen zur Verfügung.

Wie der Wissenschaftsrat hervorhebt, seien mit den vorhandenen Kapazitäten und den noch in Bau oder in Vorbereitung befindlichen Ausbauvorhaben die räumlichen Voraussetzungen geschaffen, daß die wachsende Zahl der Studienbewerber aus den geburtenstarken Jahrgängen in fast allen Studiengängen einen Studienplatz erhalten kann. Wie aus den Empfehlungen zum neunten Rahmenplan hervorgeht, sind für die Investitionsvorhaben in den Jahren 1980 bis 1983 finanzielle Mittel in Höhe von jährlich 2,8 Milliarden DM erforderlich.

für die Hochschulkliniken und akademischen Lehrkrankenhäuser.

## Vorbesprechung

Für das WS 79/80 ist eine Lehrveranstaltung zum Thema „Aufbau und Wirkungsweise von Gremien in Hochschule und Schule (Studiengesellschaft, Projektorganisation, Gesamtkonferenz etc.)“ geplant. Sie wendet sich an Studenten, Lehrende und Kontaktlehrer, die diesbezügliche praktische Erfahrungen oder Interessen haben, insbesondere an Lehramts- (EGB) und an Pädagogikstudenten (Schule). Eine Vorbesprechung soll am Freitag, dem 29.6., und am Mittwoch, dem 4.7., jeweils von 13.15 - 14.15 im AVZ 1-465 stattfinden.

## Sekretärinnen-Seminar

Der Berufsverband für Hochschulsekretärinnen e.V. veranstaltet in Zusammenarbeit mit der Heimvolks hochschule Marienspring bei Göttingen vom 9. bis 14. September 1979 ein Weiterbildungsseminar für Hochschulsekretärinnen. In Niedersachsen wird das Seminar als Bildungsurlaub anerkannt. Informationen und Anmeldung bis 27. Juli beim Berufsverband der Hochschulsekretärinnen e.V., Postfach 703, 3000 Hannover.

## DAAD-Stipendiaten

Die Studentin Marlis Puls bittet alle Studenten, die sich mit oder ohne Erfolg beim DAAD um ein Stipendium beworben haben, sich bei ihr zu melden. Anschrift: Von-Kobbe-Str. 32, 2900 Oldenburg.

## AStA-Fete mit Kulturprogramm

Am 29. Juni findet das Sommerfest des AStA in der Hochschule statt. Nach Mitteilung des AStA werden vier Gruppen spielen und zusätzlich zwei Diskotheken eingerichtet. Außerdem sollen Theater- und Songgruppen auftreten, um den „bisherigen Charakter einer rein rezipitiven Fete aufzubrechen.“

## Lauf-Treff in der Universität

An der Universität Oldenburg haben Studenten einen regelmäßig stattfindenden Lauf-Treff eingerichtet. Zur Teilnahme eingeladen sind auch Nichthochschulangehörige. Die erste Laufstrecke führt durch die Haarenieddinger. Unter Anleitung soll ein gemütlicher Trablauf stattfinden, der keinen überfordert. Zur Auflockerung werden gemeinsam Spiele durchgeführt. Zeit: Jeden Dienstag und Donnerstag 18.00 vor dem Sporttrakt der Universität, Ammerländer Heerstraße (Ausschilderung beachten).

## Versteigerung von Fundsachen

Am 3. Juli werden in der Nichtrauchermensa um 14.30 Fundsachen, die von ihren Besitzern nicht abgeholt wurden, versteigert.

## Ausschreibungen

Bibliothek: Datentypist, BAT VII. Kennziffer: BIS 83 als ständig stundenweise Beschäftigter mit einer Gesamtarbeitszeit von 19 Stunden wöchentlich.

Dezernat 5. Abteilung Bauplanung, 1/2 WiHi-Stelle. Bewerbungsschluß: 30.6.1979.

## Termine

Montag, 25.6.1979, 9.15, VG 001. Vortrag von Professor Dr. Peter Weinberg (Gesamthochschule Paderborn) zum Thema „Habitualisierte Kaufentscheidungen von Konsumenten“.

Dienstag, 26.6.1979, 18.15, VG 015. Gastvortrag von Professor Dr. Dirk Stegmann (Gesamthochschule Lüneburg) zum Thema „Großindustrielle Interessenpolitik und Nationalsozialismus in Deutschland 1930 - 1934“.

Mittwoch, 27.6.79, 15.00, KMS. Agnes Morrison (Klavier), Tom Morrison (Bratsche) und Julienne Fitchett (Bratsche) spielen im Kammermusiksaal Werke von Allesandro Rolla, Johann Brahms, Benjamin Britten und Gordan Jacob.

Donnerstag, 5.7.1979, 18.00, D 103. Gastvortrag von Professor Dr. Wolf Lepenies (Berlin) zum Thema „Zum Verhältnis von Soziologie und Anthropologie“.

## Habilitationen & Promotionen

Die Dissertation von Karl-Josef Burkard und die dazu gefertigten Gutachten liegen bis zum 27. Juni 1979 im Fachbereich III (VG 105) zur Einsichtnahme aus. Titel der Dissertation: „Thomas Hodgskins Kritik der politischen Ökonomie. Zum Verhältnis von antikapitalistischer Theorie und Arbeiterklassenbewegung in England 1823 - 1935“.

Montag, 25.6.79, 16.30, D 103. Promotionsverfahren von Henning Trauband. Thema der Arbeit: „Dummheit als Devianz“.

Mittwoch, 11.7.79, 16.30, D 103. Disputation im Promotionsverfahren Thomas Ott (Hamburg).

Edeltraud Meisner wurde als Angestellte im Schreibdienst im Fachbereich III eingestellt. Astrid Wokittel wurde als Bibliokassiererin eingestellt. Dirk Wolfert wurde als Angestellter im Forschungsvorhaben INNOS eingestellt.

Bernd Jüchter wurde als Bibliotheksangestellter eingestellt. Gudrun Rose wurde als Bibliotheksangestellte eingestellt. Irmela Reinhardt wurde als Krankegymnastin im Fachbereich I eingestellt.

Ute Rosenau wurde als Bibliotheksinspektorin in der Fachbereichsbibliothek I eingestellt. Peter Kaiser wurde als wissenschaftlicher Angestellter im Fachbereich I: Fachgebiet „Psychologie mit dem Schwerpunkt Epidemiologie“ eingestellt.

Professor Dr. Wilfried Belschner, Psychologe im Fachbereich I, hielt auf dem 1. Sonderpädagogischen Kongreß Anfang Juni in Frankfurt ein Referat zum Thema „Der Beitrag der Verhaltensmodifikation zur Sonderpädagogik“.

Hermann Kudelka, ehemaliger Hausmeister der Pädagogischen Hochschule, feiert am 24. Juni seinen 75. Geburtstag.

Zum Akademischen Oberrat ernannt wurden:

Johann Denker (Bildende Kunst/Kunstpädagogik), Dr. Dietrich Hagen (Geographie), Dr. Hans-Georg Hüflich (Biologiedidaktik), Klaus Hühne (Behinderten Pädagogik im Studiengang Pädagogik), Mariechen Lüpkes (Chemie), Lothar Sielaff (Erziehungswissenschaft), Dr. Peter Viebahn (Psychologie), Dr. Klaus Peter Walcher (Psychologie), Julius Klatte (Physik), Gebhard Moldenhauer (Politikwissenschaft).

## SPANHAKE

aktuell

• basteln • basteln • basteln



AUCH DU BRAUCHST EIN HOBBY!

Bei uns findest Du die Auswahl, um Dir Dein ganz persönliches Hobby auszusuchen.

Wir bieten über Basteln, Modellbau bis zur Renovierung alles aus einer Hand.

Spanhake, Oldenburg  
Lange Straße 48

oldenburg - lange str.

## Optiker Schulz

für besseres Sehen und Hören  
Achterstraße / Ecke Ritterstraße



Spedition Möbeltransport International  
DEUS  
TEL. (0441) 71001



# Wir sind die Bank, die hier zu Hause ist.

OLDENBURGISCHE LANDES BANK AG